

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 39 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs- teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturlotterien, Jahresbericht und Rechnungsab-schluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Volkspflanzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und presseförmlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 132

Freitag, 10. Juni

1921

Vom Landtage.

Die Regierung hat dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes über den Staatsrechnungshof zugehen lassen, der also eine Umgestaltung der jetzigen Oberrechnungskammer bedeutet, und dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie großen Wert darauf lege, daß der Landtag die Vorlage ebenso wie den mit ihr im Zusammenhang stehenden Entwurf eines Staatswirtschafts-gesetzes nach der in Aussicht genommenen Beratung verabschiedet, damit die staatliche Rechnungsführung und Rechnungsprüfung sobald als möglich umgestaltet werden könne und insbesondere die Einhaltung der Vorschriften in Artikel 48 Absatz 1 der Verfassung möglich sei.

Tzgleichem ist dem Landtage eine Regierungsvorlage über dringliche Anforderungen für den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1921, der erst im Herbst beraten werden soll, vorgelegen worden, mit der Bitte der Regierung zugunsten, daß zur Vermeidung einer zweimaligen Einberufung von einer allgemeinen Vorberatung nach Lage der Sache Abstand genommen und die Vorlage gleich den dringlichen Angelegenheiten verhandelt werde. Den Vereinbarungen mit dem Ministerrat des Landtages entsprechend, wird der Finanzminister dem Ministerium einen kurzen Überblick über die Finanzlage des Landes geben.

Weiter ist eingegangen ein Antrag des Abg. Ebert (Komm.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, zu veranlassen, daß die Strafvollstreckung der vom Sondergericht Dresden verurteilten so lange ausgesetzt wird, bis die Urteile auf Grund des Reichstagsbeschlusses nachgeprüft sind.

Die Verurteilten, die ihre Strafe bereits angeteilt haben, sind bis dahin zu entlassen.

Ein Antrag der Abg. Jol. Dr. Herwig, Köllig u. Dr. Herrmann (Dtsche Sp.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung zu ersuchen, noch vor der Sommerferien die Frage zu klären, welchem Ministerium die Berufsschulen unterstellt werden sollen.

und eine kurze Anfrage des Abg. Boigt (Dtsche Sp.) u. Gen.:

Ist die Regierung in der Lage, Ausschluß zu geben über die Ursachen der Explosion, die am 15. Mai zur Zerstörung der staatlichen Brötchenfabrik in Dirschfelde geführt hat?

Wie hoch belaufen sich die durch die Explosion verursachten Schäden, in welchem Umfang kann die Brötchenherstellung aufrechterhalten werden und inwieweit ist die Stromerzeugung im Elektrizitätswerk Dirschfelde in Mitleidenenschaft gezogen und dadurch die Stromversorgung von Dirschfelde beeinträchtigt?

Ein Anerbieten Höfers.

Berlin, 9. Juni. Der Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes, Generalleutnant Höfer, erklärte im Laufe einer Unterredung mit Pressevertretern, daß er die Befreiung von Gleichgewicht durch die Engländer für den Anfang der Abwehraktion halte. Während die verbündeten Truppen für die energische Säuberung des Industriegebietes nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich dem Befehl der Verbündeten unterzuordnen und jede ihm übergebene Aufgabe verständig und loyal durchzuführen. General Höfer betonte, er habe seine sämtlichen Pläne und Stellungen dem Oberbefehlshaber übergeben. Zum Schluß seiner Ausführungen hob General Höfer hervor, daß der Selbstschutz keine parteipolitische Forderung trage.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Mit Ausnahme einiger de-lischer Kampfhandlungen herrschte heute im all-gemeinen an der von den Polen besetzten Linie Ruhe. Stärkere Feuerkämpfe bei Wislitz. An-griffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Randzyn scheiterten. Der ober-schlesische Bericht-erhalter der „Sächsischen Zeitung“ berichtet über genaueste Verwahrungen, welche die polnischen Insurgenten in der Stadt Randzyn anrichtet haben. Die Polen haben besonders in den Be-amten- und Arbeiterhäusern alles vernichtet, zer-schmettert und beschmutzt. Die evangelische Kirche in Randzyn ist durch polnische Granatfeuer zer-stört worden. Wie aus Oppeln gemeldet wird,

Neutrale Zone in Oberschlesien.

Die Haltung Englands.

London, 9. Juni. Der Ministerrat beriet über die von dem deutschen Volkshofers Elhamer überbrachte Note und beschloß, die Herstellung der Ordnung in Oberschlesien durch Schaffung einer von den alliierten Truppen zu besetzenden neutralen Zone zu beschleunigen. Der deutsche Selbstschutz werde von den Alliierten abgelehnt. Deutschland habe die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß der Selbstschutz nicht aus seiner Passivität herausgehe, weil sonst die Auflösung dieser Truppe notwendig sei.

Ablehnung deutschen Protestes.

Basel, 9. Juni. In Verantwortung der deutschen Note über das Ultimatum an General Hofer teilte die französische Regierung mit, daß die deutsche Regierung mit ihrem Protest zugede, die verbündeten Truppen beschützen tatsächlich die deutsche Bevölkerung in den ober-schlesischen Industriegebieten, während die deutsche Presse stets das Gegenteil behauptet habe. In bezug auf die rechtliche Seite gehe aus dem Wortlaut des Versailles-Vertrages klar hervor, daß die inter-alliierte Kommission alle Maßnahmen ergreifen könne, die sie zur Wiederherstellung der Ordnung für notwendig erachtet. Die deutsche Regierung sei nicht berechtigt, gegen irgendwelche Beschlüsse der interalliierten Kommission in Oberschlesien zu protestieren.

haben die Behörden der polnischen Aufständischen eine Verfügung über die Angliederung des auf dem rechten Odrerufer liegenden Teiles des Kreises Ratibor an den Kreis Rybnik und des auf demselben Odrerufer liegenden Teiles des Kreises Rosel an den Kreis Gleiwitz erlassen.

Polnischer Angriff auf Ratibor.

Ratibor, 8. Juni. Fröh gegen 4 Uhr unternahm die Polen einen heftigen Feuerüberfall auf den Ort Ratibor, wobei sie ver-schieden verunglückten. Es wurden jedoch durch schwere und leichte Maschinengewehre und durch Gewehrfeuer zurückgehalten. Darauf be-gleitete sie die Stadt und hauptsächlich die über die Oberstraße durchgeführte eine Granate das Dach eines Hauses, ohne jedoch zu explodieren. In der Stadt wurden Gewehrgeschosse aufgefunden, die deutlich als Explosionsgeschosse und zu Dumm-geschossen umgewandelte Granaten österreichischer Herkunft zu erkennen waren. In den letzten Tagen wurden von einer verirrten Kugel zehn Personen verwundet, darunter ein italienischer Soldat schwer.

Der Volksentscheid.

Berlin, 8. Juni. Der Rechtsausschuss des Reichstages nahm heute den Gesegentwurf über den Volksentscheid in erster Lesung an.

Churchill über einen dauernden Frieden.

London, 8. Juni. (Reuter.) Churchill erklärte in seiner Rede, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden bestehe in der Errichtung einer Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frank-reich und Deutschland. Churchill sagte: Wir müssen Frankreichs Standpunkt mit einem feindlichen Deutschland jenseits seiner Grenzen begreifen. Gegenseitige Besorgnisse haben die französische Politik in eine Wahn geführt, die Meinungs-verschiedenheiten zwischen uns hervorgerufen haben. Möge Deutschland bestrebt sein, die Zorntracht zwischen dem französischen und dem deutschen Volke zu mildern.

Der Zustand in Afsiania.

Kopenhagen, 8. Juni. „Nationaltidende“ meldet aus Afsiania, daß der Streik heute oder morgen abgebrochen wird. Die Arbeiter haben den Streik verloren.

Polen lenkt ein.

Warschau, 9. Juni. In unvermitteltem Abgang von den bisherigen Schimpereien er-scheinen jetzt Versprechungen, die einen unmittel-baren Gehörlosenwandel zwecks einer deutsch-pol-nischen Verständigung wünschen. Zogor der-soeben aus dem Stabsquartier von Warschau zu-rückgekommene Sonderberichterstatter des „Kurjer Poranny“ schreibt, daß nur auf der breiten Plattform einer französisch-deutsch-polnischen Wirt-schaftspolitik ein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden sei.

Die englische Reichskonferenz.

Amsterdam, 9. Juni. In London werden Vorbereitungen für die erste Zusammenkunft Lloyd Georges mit den Ministerpräsidenten der Dominionen getroffen, die zur Teilnahme an der Reichskonferenz hier einreisen. Nach dem „Daily Chronicle“ bringt Lloyd George diesen verschiede-nen Konferenzen das größte Interesse entgegen. Er wird wahrscheinlich auf verschiedenen Konferenzen selbst den Vorsitz führen. Auf der Konferenz vom 16. Juni wird die Tagesordnung für die Reichskonferenz festgelegt werden.

Serbisch-rumänisches Abkommen.

Belgrad, 8. Juni. Pajisch und Tala Zorjescu haben heute ein Abkommen unter-zeichnet, durch das der durch den Friedensvertrag von Trianon und Krussa geschaffene Zustand garantiert wird.

Doumer oder Loucheur.

Paris, 8. Juni. Nach Meldungen der Pariser Presse besteht die Möglichkeit einer Veränderung im Finanzministerium. Der „Figaro“ will wissen, Doumer habe sich damit einverstanden erklärt, daß sein Mini-sterium in ein Finanzministerium und in ein Staatsministerium geteilt wird unter der Bedingung, daß ihm selbst die Leitung des Finanzministeriums anvertraut bleibe. Einer anderen Vermutung zufolge, von der man in den Kreisen der Doumer spricht, soll Doumer zum Rücktritt bereit sein und als Kompensation die Ernennung zum Generalgouverneur von Algier erhalten. In diesem Falle übernehme Loucheur, der von vielen Deputierten als der geeignetste Mann für den Finanzministerposten angesehen werde, das Finanzministerium und der Deputierte Eugol von nationalen Wählern die Nachfolge Loucheurs im Wiederaufbauministerium.

Entlassung des Jahrganges 1919 in Frankreich.

Paris, 8. Juni. Die Heereskommission des Senats hörte den Bericht des Kriegsministers Senohou, der sagte, die Entlassung des Jahrganges 1919 werde, wenn nicht unverzügliche Ereignis eintreten, am Ende dieses Monats vor-genommen werden.

Sinnfeiner-Anschläge.

London, 8. Juni. (Reuter.) In der ver-gangenen Nacht wurden in der Umgebung von London, vermutlich von Sinnfeinern, Telegraphen- und Telephonleitungen durchschnitten, um London vom Drahtverkehr abzuschneiden. In den Vor-städten von Liverpool wurden sieben Mann ver-haftet, die beim Durchschneiden von Drähten be-troffen wurden. In Dublin wurden heute nach-mittag Bomben gegen ein Militärkontingent geworfen. Fünf Polizeibeamte wurden verwundet. Durch das Feuer der Polizisten wurde ein Zivilist ge-tötet und mehrere verwundet.

Petroleumzoll in Mexiko.

Paris, 8. Juni. Nach einer Meldung aus Mexiko hat Präsident Obregon ein Dekret unter-zeichnet, wonach der Ausfuhrzoll für Petroleum um 25 Proz. erhöht wird.

Deutschlands Handel in Südamerika.

Wenn auch die „Monatlichen Nachrichten“ über den auswärtigen Handel Deutschlands“ bereits seit die Einfuhr- und Ausfuhrzahlen bis Oktober 1920 mitteln, so kann man sich doch ein ziemlich genaues Bild vom Stand unseres Außenhandels in Süd-amerika machen, wenn man die neueren (in beifol-genden Angaben aus der fremden Presse) hinzunimmt. Und gerade hier liegt reichliches Material vor, weil sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch England sich von vortreten auf einen scharfen Konkurrenzkampf mit Deutschland in Südamerika eingestellt haben. Doch schon jetzt geben ihre Zei-tungen zu, daß es nicht so leicht ist, den deutschen Wett-bewerb vom Markt zu verdrängen, und näher kommt auch „Times Trade Supplement“, daß sogar in Venezuela Deutschland im Begriffe ist, sich nach der Union und England wieder den dritten Platz zu sichern, obwohl nämlich keine Ausfuhr dort im Jahre 1913 nur 19 Mill. Mark erreichte, hier sie in den ersten fünf Monaten 1920 auf nahezu 4 Mill. Mark.

Ganz allgemein sind es wieder deutsche Eisen-waren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge, die sich in Südamerika schon vor dem Kriege allgemeiner Beliebtheit erfreuten und nun ebenfalls gern und vertrauensvoll gekauft werden, weil der Käufer weiß, daß die deutsche Ware gut und preiswert ist. Verfolgen wir am Hand der Handelsstatistik die speziellen Erzeugnisse deutschen Gewerbetreibenden, die in Südamerika mit Vorliebe gekauft werden, so begegnen wir unter den Eisenwaren vor allem Draht und Drahtseile, Pfählen und Werkzeugen, nebst Hand- und Küchengerät, unter den Maschinen: Dampfkraftmaschinen, Nähmaschinen und Werkzeug-maschinen; unter den elektrotechnischen Erzeugnissen den überall geschätzten Metallfaden- und Metall-drabtlampen.

Übereinstimmend bezeugen denn auch die aus Ar-gentinien, Chile, Peru vorliegenden Berichte, daß deutsche Eisenwaren sich schnell wieder ihren Markt zurückgewinnen, zumal sie billiger sind als amerikani-sche. In Chile ist es wieder Haus- und Küchengerät, das bereitwillige Aufnahme findet, desgleichen elek-trische Artikel. Welche Werte hier in Frage kommen, davon macht man sich kaum überall die richtige Vor-stellung, stand doch Argentinien im Jahre 1913 mit 494 Mill. Mark an vierter Stelle unter den Einfuhrländern, während die deutsche Kaufkraft un-unter noch den zehnten Platz in der Kaufkraftstatistik einnahm. Für nahezu 440 Mill. Mark lieferte Ar-gentinien uns Rohzucker und Rohstoffe, die mit Lieferung von Fertig- und Halbfabrikaten im Werte von 223 Mill. Mark zum Teil bezahlt wurden, jedoch Deutschland einer der besten Abnehmer war. Noch günstiger war die Lage Chiles, das für nahe-zu 200 Mill. Mark Rohstoffe, vor allem Salpeter, lieferte und dafür Fertigfabrikate im Wert von 100 Mill. Mark erhielt. Nicht anders zeigt sich das Verhältnis bei Uruguay, Peru und Bolivien; auch hier liegen aus Peru Berichte vor, die eine erfreuliche Aufnahme deutscher Eisenwaren auf dem dortigen Markt melden und hinzufügen, daß die deutschen Produkte sich bald wieder ihren alten Markt zurück-erobern würden. Dies ist um so höher anzuschlagen, da diese Berichte von amerikanischer Seite, also von der Konkurrenz, kommen und in dem offiziellen ame-rikanischen Handelsorgan, den „Commerce Reports“ wiedergegeben werden. Weniger klar ist die Gestaltung des künftigen Handelsverhältnisses zwischen Brasilien und Deutschland. Auch hier war ehemals vor dem Kriege der Hauptlieferant für Kaffee, der mit 140 bis 180 Mill. Mark in der deutschen Handelsstatistik figurierete und in Fertigfabrikaten von gleichem Werte seine Bezahlung fand. Da bei dem ungünstigen Stande unserer Balance die Kaffe-Einfuhr für die nächste Zeit eingeschränkt bleiben wird, zudem die Bevölkerung sich während des Krieges an andere Erzeugnisse-mittel gewöhnt hat, kann eine Kaffe-Einfuhr in obiger Höhe einwirken nicht in Betracht kommen. Die Folge wird sein, daß natürlich auch die Nachfrage nach deutschen Waren nachläßt.

Stellen wir den großen Ziffern der südamerika-nischen Rohstoff- und Rohwareneinfuhr nach Deutschland die Zahlen der deutschen Ausfuhr dort-hin gegenüber, so treten natürlich nirgendwo Werte von 100 und mehr Millionen Mark in Erscheinung, vielmehr zerfällt die deutsche Ausfuhr in eine Reihe kleiner und kleiner Positionen, von denen jede für sich bewertet werden muß. Denn nicht im Stoff steht

40
410
680
895
103
454
606
882
242
618
832
6016
319
491
805
255
496
773
71
321
539
801
994
347
570
856
262
316
775
1000
250
508
715
48
285
571
764
0 64
342
687
952
323
573
882
174
399
678
902
149
484
775
139
372
584
782
119
516
686
986
366
722
228
414
787
7 42
282
453
690
982
350
612
9001
356
578
794
113
401
699
119
470
757
6000
178
486
714
881
141
406
922
4 86
433
611
848
163
346
627
942
283
551
807
123
367
629
2012
384
616
930
231
529
8 800
5 157
7 563
7 733
979
9 254
1 548
5 793
3 171
2 404
4 410
1 871
7 132
9 551
9 803
3 97
7 376
9 772
3 108
7 486
2 870
0 318
2 530
3 758
1 969
1 409
9 791